



SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG
20. Wahlperiode

Drucksache **20/ #N!#**

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/6064

Antrag

der Fraktionen CDU und Bündnis 90/ Die Grünen

Alternativantrag

der Fraktion der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu „Erhalt, Verstetigung und sofortige Korrektur des Bundesprogramms zum Umbau der Tierhaltung“ (Drucksache 20/3780)

Genehmigungen für Stallbauvorhaben beschleunigen

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bedauert die vom Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat angekündigte vollständige Einstellung des Bundesprogramms zum Umbau der Tierhaltung (BUT) zum 31. August 2026. Der Landtag bittet die Landesregierung, sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die Förderung von Stallbauinvestitionen für schweinehaltende Betriebe im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) dauerhaft und verlässlich abgesichert wird. Hierzu soll insbesondere der Fördergrundsatz FB 2 A 1.0 Agrarinvestitionsförderprogramm (AFP) wieder in der GAK angewendet und mit ausreichenden Bundes- und Landesmitteln ausgestattet werden. Eine Aufnahme von Stallbauinvestitionen in die GAK darf jedoch

nicht zu Lasten der GAK-Mittel für den Natur- und Gewässerschutz gehen. Eine angemessene Kofinanzierung durch den Bund ist dabei sicherzustellen.

Darüber hinaus wird die Landesregierung gebeten, die landwirtschaftlichen Betriebe im Rahmen der bestehenden Zuständigkeiten bei der Nutzung der verlängerten Antragsfrist des BUT für investive Förderungen zu unterstützen und sie frühzeitig über Änderungen zu informieren sowie gemeinsam mit den zuständigen Behörden sicherzustellen, dass Baugenehmigungsverfahren für tierwohlorientierte Stallumbauten zügig und verlässlich erfolgen.

Begründung:

Das Bundesprogramm zum Umbau der Tierhaltung (BUT) hat den landwirtschaftlichen Betrieben in Schleswig-Holstein in den vergangenen Jahren die Möglichkeit gegeben, tierwohlorientierte Umbauten in Ställen umzusetzen. Die angekündigte vollständige Einstellung des Programms zum 31. August 2026 bedeutet für die Betriebe eine erhebliche Einschränkung bei der finanziellen Unterstützung für Investitionen in tiergerechte Stallanlagen.

Auf Bundesebene wurde im Dezember 2025 beschlossen, die Förderung von Stallbauinvestitionen für schweinehaltende Betriebe wieder über die Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) sicherzustellen. Diese Förderung erfolgt im Rahmen des Fördergrundsatzes FB 2 A 1.0 Agrarinvestitionsförderprogramm (AFP), der bereits vor Einführung des BUT Bestandteil der GAK war und nur während der Laufzeit des BUT ausgesetzt wurde. Damit der Umbau der Schweinehaltung erfolgreich umgesetzt werden kann, ist es notwendig, die GAK finanziell ausreichend auszustatten und eine verlässliche Kofinanzierung durch Bund und Länder sicherzustellen.

Die Verlängerung der Antragsfrist im BUT gibt den Betrieben mehr Zeit, ihre Unterlagen für investive Förderungen vorzubereiten. Da die Zuständigkeit für das BUT bei der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) liegt, besteht für die Landesregierung keine direkte Einsicht in die einzelnen Förderanträge oder die Möglichkeit, die Förderverfahren selbst auszuwerten. Um den Betrieben dennoch Sicherheit und Unterstützung zu bieten, ist es wichtig, dass die Landesregierung sie im Rahmen ihrer Zuständigkeiten frühzeitig über Änderungen informiert und Serviceangebote sowie Beratungsleistungen, insbesondere durch die

Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein und private Fachberatungen, zur Verfügung stellt.

Darüber hinaus ist eine zügige und verlässliche Abwicklung von Baugenehmigungsverfahren für tierwohlorientierte Stallumbauten notwendig, damit die Fördermittel ihre volle Wirkung entfalten und die Betriebe ihre Investitionen planen können. Durch diese Maßnahmen kann gewährleistet werden, dass die landwirtschaftlichen Betriebe auch nach Auslaufen des BUT weiterhin die Möglichkeit haben, ihre Ställe tierwohlgerecht umzubauen.

Rixa Kleinschmit

Fraktion der CDU

Dirk Kock-Rohwer

Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen